



Fraktion SPD+FFR

Fraktion SPD+FFR

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Ruf
Hauptstraße 21 - 23
78628 Rottweil

Rottweil, 2. Februar 2026

Antrag Fraktion SPD+FFR:

Antrag:

Die Fraktion SPD+FFR beantragt den Friedrichsplatz anlässlich und mit Abschluss seiner Sanierung umzubenennen auf den ursprünglichen Namen Rindermarkt.

Begründung:

Nach der gewaltsamen und unrechtmäßigen Besetzung Rottweils durch Herzog Friedrich II von Württemberg 1802 und den nachfolgenden Enteignungen und Repressalien machte er der Stadt und ihren Menschen 14 Jahre lang bis zu seinem Tod 1816 das Leben schwer. Die Umbenennung des zentralen Platzes in Rottweil von ‚Rindermarkt‘ in ‚Friedrichsplatz‘ zu seinen ‚Ehren‘ war damals fragwürdig und ist in Kenntnis der u.g. geschichtlichen Hintergründe rückgängig zu machen.



Als Straßenname passt der Friedrichsplatz nicht in die Innenstadt, die anderen Straßennamen der Stadtviertel stammen (bis auf die Oberamteigasse) aus der reichsstädtischen Vergangenheit.

Es gibt auch bereits eine nach Friedrich benannte Straße in der Südstadt. Im Umfeld gehören dazu die Wilhelmstraße (König Wilhelm I. 1781-1864), die Paulinenstraße (Königin Pauline 1800-1873), die Karlstraße (König Karl 1823-1891), die Olgastraße (Königin Olga 1822-1892) und die Marienstraße (Prinzessin Marie 1799-1860), allesamt benannt nach Friedrichs Nachkommen und deren Frauen.

Hintergrund zu Person und Politik:

Friedrich von Württemberg, (*1754 in Hinterpommern, †1816 in Stuttgart), war ab 1797 als Friedrich II. fünfzehnter Herzog von Württemberg, von 1803 bis 1806 Kurfürst und von 1806 bis 1816 als Friedrich I. der erste König von Württemberg.

Wegen seiner Leibesfülle (200 kg) wurde er Dicker Friedrich genannt, er regierte absolutistisch-autoritär als schwäbischer Zar.

Seine Schwester Sophie heiratete 1776 den Sohn Katharinas der Großen, Zar Paul.

Die andere Schwester Elisabeth heiratete 1781 Kaiser Franz von Österreich, zugleich letzter Reichskaiser.

Friedrich selbst heiratete die damals 16 J. alte Auguste von Braunschweig-Wolfenbüttel. Die Kinder aus der Ehe waren Wilhelm (später 2. König v. Württemberg), Paul und Katharina. Friedrich misshandelte seine junge Frau Auguste, die sich nach einem Ehejahr von ihm trennen wollte, nach 6 Ehejahren Schutz vor dem gewalttätigen Ehemann bei Zarin Katharina II. suchte und danach bis zu ihrem Tod in Estland lebte.

Friedrich zog 1790 nach Ludwigsburg, heiratete 1797 in 2. Ehe die Königstochter Charlotte von England in London.

7 Monate später starb sein Vater und Friedrich wurde Herzog von Württemberg.

Er regierte machtbewusst und hart, cholerisch und entschlossen, bekämpfte die Landstände, schaffte die württembergischen Landtage (seit 1497) ab und hob die Verfassung auf.

1800 wurde Württemberg von französischen Truppen besetzt und Herzog Friedrich floh ins Exil nach Erlangen. 1801 näherte er sich Frankreich und Napoleon an und kehrte zurück. Um Friedrich politisch zu binden, belohnte ihn Kaiser Napoleon später (1806) für die Allianz mit Frankreich und den Austritt aus dem deutschen Reich und erhob Württemberg zum Königreich.

Zuvor im 18. Jahrhundert bestand das Herzogtum Württemberg im Wesentlichen aus dem ehemaligen Stammland im mittleren Neckarraum rund um Stuttgart sowie den Besitzungen im Nordschwarzwald und auf der Schwäbischen Alb. Die Grafschaft Mömpelgard (Monbéliard) war



links des Rheins die bedeutendste Exklave des Herzogtums, kleinere Exklaven waren Reichenweier und Horburg.

August 1802 hatte Württemberg aber Sitz und Stimmrecht in der Reichsdeputation, die den Reichsdeputationshauptschluss vorbereitete.

Ein zentraler Punkt waren Mediatisierung und Säkularisierung. Wer als Fürst Besitz links des Rheins abtreten musste wurde "entschädigt" mit rechtsrheinischen Territorien. Dies geschah auf Kosten der Reichsstädte, die durch diese Regelung ihre Existenz verloren. Sie wurden in ein größeres Territorium integriert und zu größeren staatlichen Einheiten zusammengelegt. Nutznießer waren vor allem Württemberg, Baden, Preußen und Bayern. Dies war in Napoleons Interesse: Er baute mit diesen vergrößerten Staaten ein "Bollwerk" gegen den Feind Österreich auf.

Auch geistliche Staaten waren von dieser "Flurbereinigung" betroffen. Der kirchliche Besitz von Bistümern und Abteien wurde enteignet. Durch die Säkularisierung ging der kirchliche Einfluss in der Politik immer mehr zurück. Kirche und Staat wurden zunehmend getrennt.

Herzog Friedrich wurde zunächst zum Kurfürst erhoben.

Dann wurden zahlreiche kleine Herrschaften unter der Bezeichnung Neuwürttemberg seinem neuen Kurfürstentum zugeschlagen. Dazu gehörten Rottweil und weitere Reichsstädte wie Aalen, Giengen, Heilbronn, Esslingen, Reutlingen, Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Hall, Weil der Stadt sowie säkularisierte kirchliche Besitzungen: die Propstei Ellwangen, die Reichsabtei Zwiefalten, das Ritterstift Comburg, das Kloster Heiligkreuztal, das Kloster Schöntal, das Kloster Margrethausen, das Stift Oberstenfeld und das Kloster Rottenmünster.

Diese Zugewinne entsprachen einer Fläche von 1609 Quadratkilometern mit 110.000 Einwohnern und 700.000 Gulden Steueraufkommen. Dem standen linksrheinisch verlorenes Gebiet mit 388 Quadratkilometern, 14.000 Bewohnern und 250.000 Gulden an Staatseinkünften gegenüber: Netto ein Mehr von 1221 Quadratkilometern, 96.000 Einwohnern und 450.000 Gulden an Steuern, ein guter Deal also für Herzog Friedrich.

Nach dem Friedensschluss von Lunéville (9.2.1801) und bereits 7 Monate vor dem Reichsdeputationshauptschluss (28.4.1803) ließ Friedrich von Württemberg am 8.9.1802 Rottweil und das Gebiet der Stadt militärisch von 1100 Soldaten und Reitern besetzen.

Der Reichsabtei Rottenmünster und dem Konvent der Zisterzienserinnen erging es nicht besser. Mit militärischer Gewalt wurde am 23.11.1802 die Klosterkasse entwendet und das Kloster mit seinen Besitzungen und den 6 zugehörigen Dörfern beschlagnahmt.

Den ehemaligen Ratsmitgliedern übertrug man die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte der Stadt und der Stiftungen. Alle Entscheidungen waren jedoch von herzoglicher Weisung abhängig, der Magistrat durfte nur mit Erlaubnis des herzoglichen Kommissars tagen. Die Zivilbesitzergreifung war am 3.12.1802 abgeschlossen. Die Mediatisierung traf Rottweil hart.



Der württembergische Staat beschlagnahmte rentierliche städtische Gebäude, das erst 1802 erbaute Kaufhaus, die Fruchtkästen, die Herrenstube, die Hauptwache, das Zoll- und das Zeughaus, die Pulvertürme, den Hofgerichtsgarten und zwang die Stadt den Truppeneinsatz und die Verpflegung der Soldaten zu bezahlen.

Das Predigerkloster und das Dominikanerinnenkloster wurden enteignet, das Kirchensilber ging nach Ludwigsburg, die Predigerkirche wurde für 4 Jahre geschlossen.

Später (1805) wurden Johanniterkommende und Kapuzinerkloster aufgelöst, Besitz und Bibliothek verkauft. 1809 hob man die Narrenzunft auf und es erging ein öffentliches Fasnetverbot.

Als Herzog Friedrich darüber hinaus Besitz der wohltätigen Bürgerstiftungen Spital, Siechenhaus und Bruderschaft antasten wollte, widersprachen die erst im März 1803 neu eingesetzten Repräsentanten Rottweils im Stadtgericht unter Leitung von Bürgermeister Aubert, was Herzog Friedrich am 10.6.1803 als »Unbottmäßigkeit« auffasste.

Wieder ließ er sein Militär mit Infanterie, Artillerie und Kanonen in Rottweil einrücken. Stadtgericht und Rat wurden entlassen. Der Stadtoberamtmann erledigte danach die städtischen Aufgaben unter Beteiligung von zwei Bürgern.

Was der Stadt noch an Vermögen blieb, war in erster Linie städtischer Grundbesitz von rund 7000 Morgen. Davon waren 64% Wald, dessen Ertrag von Württemberg sehr hoch angesetzt wurde. Von den auf 67.000 Gulden berechneten jährlichen Gesamteinnahmen der Reichsstadt in der Zeit vor 1802 sollten Dreiviertel dem Herzog zufallen. Von dem in erster Linie (seit 1792) kriegsbedingten städtischen Schuldenberg von rund 191.000 Gulden übernahm der Staat nicht einmal ein Zehntel. Bei den dringlichen Straßen-, Brücken- und Gebäudereparaturen sowie bei Besoldungen musste die Stadt einen rigorosen Sparkurs fahren. Neue Steuern wie die Bürger- und Wohnsteuer (1808) wurden eingeführt.

Trotz des Verkaufs von Gütern und Vorräten und Zuschüssen aus den Stiftungen kam die Abtragung des Schuldenbergs 1807/08 ins Stocken. Die Klagen über den völlig »zerrütteten Zustand« der städtischen Finanzen blieben in Ludwigsburg ohne Gehör. Die weitere starke Erhöhung der Staatssteuern führte zu wachsenden Steuerrückständen. Bei der Nettoverschuldung lag Rottweil um 1810 mit über 31 Gulden je Einwohner an der Spitze der 20 größten Städte Württembergs.

Erst nach dem Tod Friedrichs 1816 und mit Regierungsantritt seines Sohnes König Wilhelms I. kamen Verhandlungen über eine gerechtere Aufteilung von Vermögenswerten und Schulden aus reichsstädtischer Zeit zwischen der Krone und der Stadt Rottweil in Gang, die 1821 schließlich zu einer Einigung führten.

Der württembergische Staat übernahm daraufhin 100.000 Gulden Schulden und gab der Stadt 622 Jauchert von ihrem Wald zurück.



Auf weitere Forderungen in Bezug auf die Vermögensteilung von 1803 und die bisherige Schuldentilgung verzichtete die Stadt. Diese auf etwa 190.000 Gulden zu beziffernde Wiedergutmachung für die der Stadt 1803 entzogenen Besitzungen und Einkünfte führte zu einer grundlegenden Sanierung der öffentlichen Finanzen. Der bürgerlichen Wirtschaft war damit ein Neubeginn möglich. In den 1830er Jahren konnten endlich die gesamten öffentlichen Schulden Rottweils abgetragen werden. Dank ihres bedeutenden Wald- und Stiftungsbesitzes konnte die Stadt, von wenigen Ausnahmejahren abgesehen, über Jahrzehnte fast komplett auf Kommunalsteuern verzichten.

Fazit:

„Der Friederich, der Friederich, das war ein arger Wüterich!“

In Rottweil wütete ein Friedrich schon 42 Jahre vor dem Struwwelpeter (1844).

Der neue zentrale Platz in Rottweil sollte nicht seinen Namen tragen.

Mit freundlichen Grüßen

Elke Reichenbach (FFR), Dr. Jürgen Mehl (SPD)